

Antrag auf Erteilung einer Waffenbesitzkarte infolge Erbfalls nach § 20 Abs. 2 WaffG

Angaben zur Person des/der Antragstellenden

Familiename, Geburtsname		Vorname(n)	
Geburtsdatum	Geburtsort	Beruf	Staatsangehörigkeit
Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)			
Telefonnummer		E-Mail	

Angaben zur persönlichen Zuverlässigkeit und Eignung

Gegen mich sind zurzeit folgende Ermittlungsverfahren anhängig:

Ich bin nicht vorbestraft
 wegen folgender Straftaten rechtskräftig verurteilt:

- nicht Mitglied in einem Verein, der unanfechtbar verboten wurde oder der einem unanfechtbaren Betätigungsverbot unterliegt.
- nicht Mitglied in einer Partei, deren Verfassungswidrigkeit das BVerfG festgestellt hat.
- nicht innerhalb der letzten 5 Jahre mehr als einmal wegen Gewalttätigkeit mit richterlicher Genehmigung in polizeilichem Präventivgewahrsam gewesen.

Ich bin nicht in meiner Geschäftsfähigkeit beschränkt.
 nicht abhängig von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln.
 nicht psychisch krank oder debil.

Ich leide nicht an – schwerer Sehschwäche – Nachtblindheit – Farbuntüchtigkeit – Hirnverletzungen – schwerer Herz-Kreislaufkrankung – Diabetes – Anfallsleiden – Geisteskrankheiten – Schwerhörigkeit oder Taubheit – Lähmungen oder anderen schweren Erkrankungen.

Angaben zum Verstorbenen

Name	Vorname(n)	Geburtsdatum	Sterbedatum	Verwandtschaftsverhältnis
Nummer der WBK		Ausstellungsdatum		Ausstellungsort

Hiermit beantrage ich die Erteilung einer Erlaubnis zum Erwerb und Besitz folgender Waffe(n):

Waffenart	Kaliber	Hersteller, Modell	Nr.

Waffenbesitzkarte des Verstorbenen liegt bei. ja nein

Nachweis der Erbberechtigung liegt bei. ja nein

Verzichtserklärung des/der Miterben liegt bei. ja nein

Nachweis der Aufbewahrung der Waffen liegt bei. ja nein

Meine Angaben sind vollständig und entsprechen der Wahrheit.

Ort, Datum

Unterschrift

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Sie sind gemäß § 39 WaffG verpflichtet, der zuständigen Behörde die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Zur Prüfung Ihrer waffenrechtlichen Zuverlässigkeit und Eignung holt die Behörde eine unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister, eine Auskunft aus dem zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister und eine Stellungnahme der örtlichen Polizeidienststelle ein.